

Auszug aus dem Jahresgutachten 2009/10

Der Arbeitsmarkt im Sog der schweren Rezession

(Ziffern 406 bis 418)

I. Der Arbeitsmarkt im Sog der schweren Rezession

406. Trotz des stärksten Rückgangs der Wirtschaftsaktivität seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Arbeitsmarkt bisher als **erstaunlich robust** erwiesen. Zwar kam es bereits seit Ende des vergangenen Jahres zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit, allerdings fiel die bisherige Entwicklung im internationalen und historischen Vergleich ziemlich moderat aus. Jedoch wird sich der Arbeitsmarkt dem Sog der Rezession nicht entziehen können (Abschnitt I). Im weiteren Verlauf wird es aller Voraussicht nach zu einem **deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit** kommen. Bei der Reaktion auf diese Entwicklung muss die Wirtschaftspolitik ihr Augenmerk auf mögliche Verfestigungstendenzen der Arbeitslosigkeit richten, obschon sich die Arbeitsmarktdynamik in den letzten Jahren etwas verbessert hat (Abschnitt II).

1. Verzögertes Durchschlagen der Rezession auf den Arbeitsmarkt

407. Die vergangenen Jahre waren von einem kräftigen Beschäftigungsaufschwung gekennzeichnet, der im ersten Halbjahr 2009 zunächst zum Erliegen kam und in einen Beschäftigungsabbau einmündete, welcher sich weit ins Jahr 2010 erstrecken dürfte.

Die positive Entwicklung der Beschäftigung in den Jahren vor 2009 war das Ergebnis des lang andauernden konjunkturellen Aufschwungs, der moderaten Tariflohnpolitik sowie den Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen (JG 2008 Ziffern 443 ff.). Im Oktober 2008 erreichte die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen mit 3,2 Millionen Personen ihren Tiefststand. Seitdem ist es insbesondere im ersten Halbjahr 2009 zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen. Vor dem Hintergrund des massiven Rückgangs der Wirtschaftsaktivität erwies sich der Arbeitsmarkt bisher allerdings als **nahezu krisenresistent**: Die Anzahl der Erwerbstätigen ging im Jahr 2009 lediglich um 6 000 Personen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 18 000 Personen im Vorjahresvergleich zurück. Hierbei kam es zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten, die zu den Erwerbstätigen zählen, hat hingegen im Jahr 2009 um 58 000 Personen weiter zugenommen. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg im Jahresdurchschnitt um 164 000 Personen auf 3,4 Millionen Personen an und damit in weitaus geringerem Maße als befürchtet (Tabelle 31). Der größte Teil des Anstiegs der Arbeitslosigkeit konzentrierte sich auf Westdeutschland, dessen exportorientierte Wirtschaftszweige besonders vom Einbruch des Welthandels betroffen sind.

Selbst unter Berücksichtigung des Rückgangs des Arbeitsangebots und der Änderung der Arbeitslosenstatistik aufgrund der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist die bisherige Stabilität des Arbeitsmarkts erstaunlich. Dies zeigt ein **internationaler Vergleich**: Obwohl Deutschland überdurchschnittlich von der Wirtschaftskrise betroffen war, stieg die Arbeitslosenquote im ersten Halbjahr 2009 – im Gegensatz zu allen anderen OECD-Ländern – im Vergleich zum Vorjahr kaum an (Schaubild 37, Seite 260).

408. Auch im längerfristigen **zeitlichen Vergleich** muss die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland seit dem Ende des Aufschwungs im ersten Quartal 2008 als ungewöhnlich be-

Tabelle 31

Der Arbeitsmarkt in Deutschland¹⁾

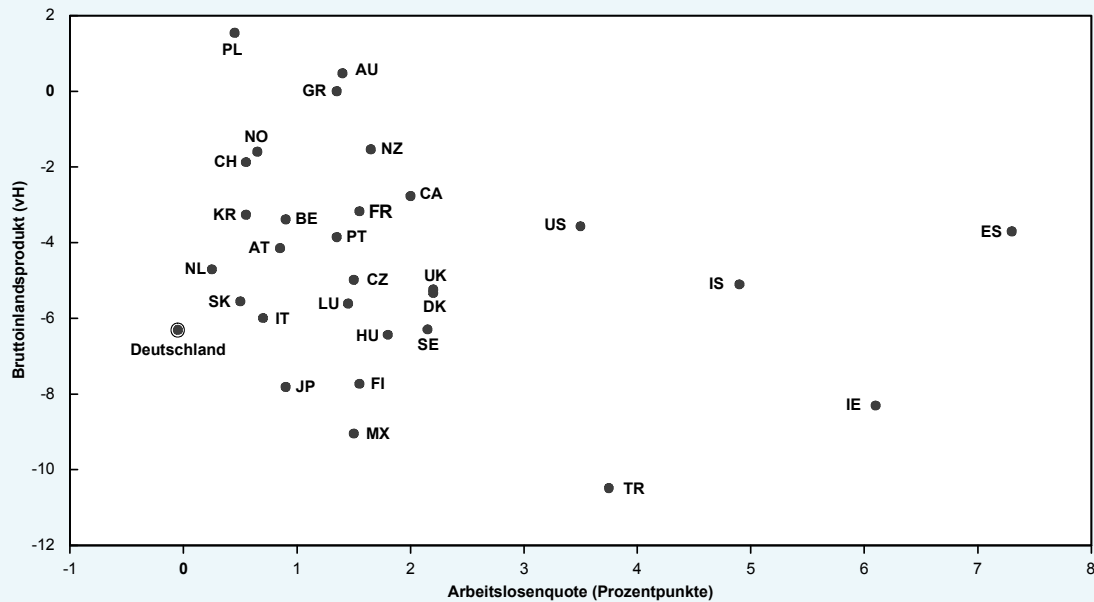
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 ²⁾ | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 ²⁾ |
|---|--------------------|--------|--------|--------------------|--|-------|-------|--------------------|
| | Personen | | | | | | | |
| | Tausend | | | | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend | | | |
| Erwerbspersonen ³⁾⁴⁾ | 43 246 | 43 258 | 43 361 | 43 445 | - 68 | 12 | 103 | 85 |
| Erwerbslose ⁵⁾ | 4 250 | 3 602 | 3 141 | 3 250 | - 323 | - 648 | - 461 | 108 |
| Pendlersaldo ⁶⁾ | 79 | 68 | 59 | 77 | - 15 | - 11 | - 9 | 18 |
| Erwerbstätige ⁷⁾ | 39 075 | 39 724 | 40 279 | 40 273 | 240 | 649 | 555 | - 6 |
| Selbstständige | 4 391 | 4 436 | 4 434 | 4 417 | 36 | 45 | - 2 | - 17 |
| Arbeitnehmer | 34 684 | 35 288 | 35 845 | 35 856 | 204 | 604 | 557 | 11 |
| Erwerbspersonenpotenzial ⁸⁾ | 44 515 | 44 451 | 44 353 | 44 218 | - 29 | - 64 | - 98 | - 135 |
| Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁹⁾ | 26 365 | 26 942 | 27 510 | 27 492 | 129 | 577 | 568 | - 18 |
| Geringfügig entlohnt Beschäftigte insgesamt ⁹⁾ | 6 725 | 6 924 | 7 084 | 7 304 | 173 | 199 | 160 | 220 |
| davon: | | | | | | | | |
| ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte | 4 820 | 4 862 | 4 865 | 4 923 | 49 | 42 | 3 | 58 |
| im Nebenjob geringfügig entlohnt Beschäftigte .. | 1 905 | 2 062 | 2 219 | 2 381 | 124 | 157 | 157 | 162 |
| Registriert Arbeitslose ⁹⁾¹⁰⁾ | 4 487 | 3 777 | 3 268 | 3 432 | - 374 | - 710 | - 509 | 164 |
| davon: | | | | | | | | |
| im früheren Bundesgebiet ohne Berlin | 3 007 | 2 486 | 2 145 | 2 317 | - 240 | - 521 | - 341 | 171 |
| in den neuen Bundesländern und Berlin | 1 480 | 1 291 | 1 123 | 1 115 | - 134 | - 189 | - 168 | - 7 |
| Verdeckt Arbeitslose ¹¹⁾ | 1 300 | 1 251 | 1 162 | 1 556 | 66 | - 49 | - 89 | 394 |
| davon: | | | | | | | | |
| im früheren Bundesgebiet ohne Berlin | 845 | 835 | 773 | 1 140 | 50 | - 10 | - 62 | 367 |
| in den neuen Bundesländern und Berlin | 455 | 416 | 389 | 416 | 16 | - 39 | - 27 | 27 |
| darunter: | | | | | | | | |
| Kurzarbeiter | 67 | 71 | 107 | 1 310 | - 58 | 4 | 36 | 1203 |
| im früheren Bundesgebiet ohne Berlin | 54 | 52 | 80 | 1 132 | - 47 | - 2 | 28 | 1052 |
| in den neuen Bundesländern und Berlin | 13 | 19 | 27 | 178 | - 11 | 5 | 8 | 151 |
| Gemeldete Stellen ⁹⁾¹²⁾ | 564 | 621 | 569 | 483 | 151 | 57 | - 52 | - 86 |
| | Quoten (vH) | | | | | | | |
| Arbeitslosenquote ⁹⁾¹³⁾ | 10,8 | 9,0 | 7,8 | 8,2 | X | X | X | X |
| Quote der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit ¹⁴⁾ | 13,1 | 11,4 | 10,0 | 11,3 | X | X | X | X |
| ILO-Erwerbslosenquote ¹⁵⁾ | 9,8 | 8,3 | 7,2 | 7,5 | X | X | X | X |

1) Jahresdurchschnitte.– 2) Eigene Schätzung. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.– 3) Personen im erwerbsfähigen Alter, die ihren Wohnort in Deutschland haben (Inländerkonzept).– 4) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 5) Abgrenzung nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).– 6) Saldo aus erwerbstätigen Einpendlern aus dem Ausland/Auspendlern in das Ausland.– 7) Erwerbstätige Personen, die einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept).– 8) Quelle: IAB.– 9) Quelle: BA.– 10) Durch die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zum 1.1.2009 sind die Ergebnisse nicht mit den Vorjahren vergleichbar.– 11) Erläuterungen siehe Anhang IV A.– 12) Für eine Beschäftigung von voraussichtlich mehr als sieben Kalendertagen.– 13) Registriert Arbeitslose in vH aller ziviler Erwerbspersonen (abhängig zivile Erwerbspersonen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige).– 14) Registriert (offen) und verdeckt Arbeitslose in vH der Erwerbstätigen (Inländerkonzept) abzüglich der Differenz zwischen den registriert Arbeitslosen und den Erwerbslosen (ILO-Definition) einschließlich offen und verdeckt Arbeitslose abzüglich subventioniert Beschäftigte (Inländerkonzept).– 15) Erwerbslose in vH der Erwerbspersonen.

Schaubild 37

Entwicklung der Arbeitslosenquoten und des Bruttoinlandsprodukts im 1. Halbjahr 2009¹⁾ in den OECD-Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahreshalbjahr



1) Betrachtete Länder: AT-Österreich, AU-Australien, BE-Belgien, CA-Kanada, CH-Schweiz, CZ-Tschechische Republik, DK-Dänemark, ES-Spanien, FI-Finnland, FR-Frankreich, GR-Griechenland, HU-Ungarn, IE-Irland, IS-Island, IT-Italien, JP-Japan, KR-Korea, LU-Luxemburg, MX-Mexiko, NL-Niederlande, NO-Norwegen, NZ-Neuseeland, PL-Polen, PT-Portugal, SE-Schweden, SK-Slowakei, TR-Türkei, UK-Vereinigtes Königreich und US-Vereinigte Staaten.

Quelle für Grundzahlen: OECD

© Sachverständigenrat

zeichnet werden: Obwohl der Rückgang der Output-Lücke im aktuellen Abschwung deutlich größer war als in allen vorherigen gravierenden Abschwungphasen, reagierten die Unternehmen bisher in nur sehr geringem Umfang mit einem Beschäftigungsabbau (Schaubild 38).

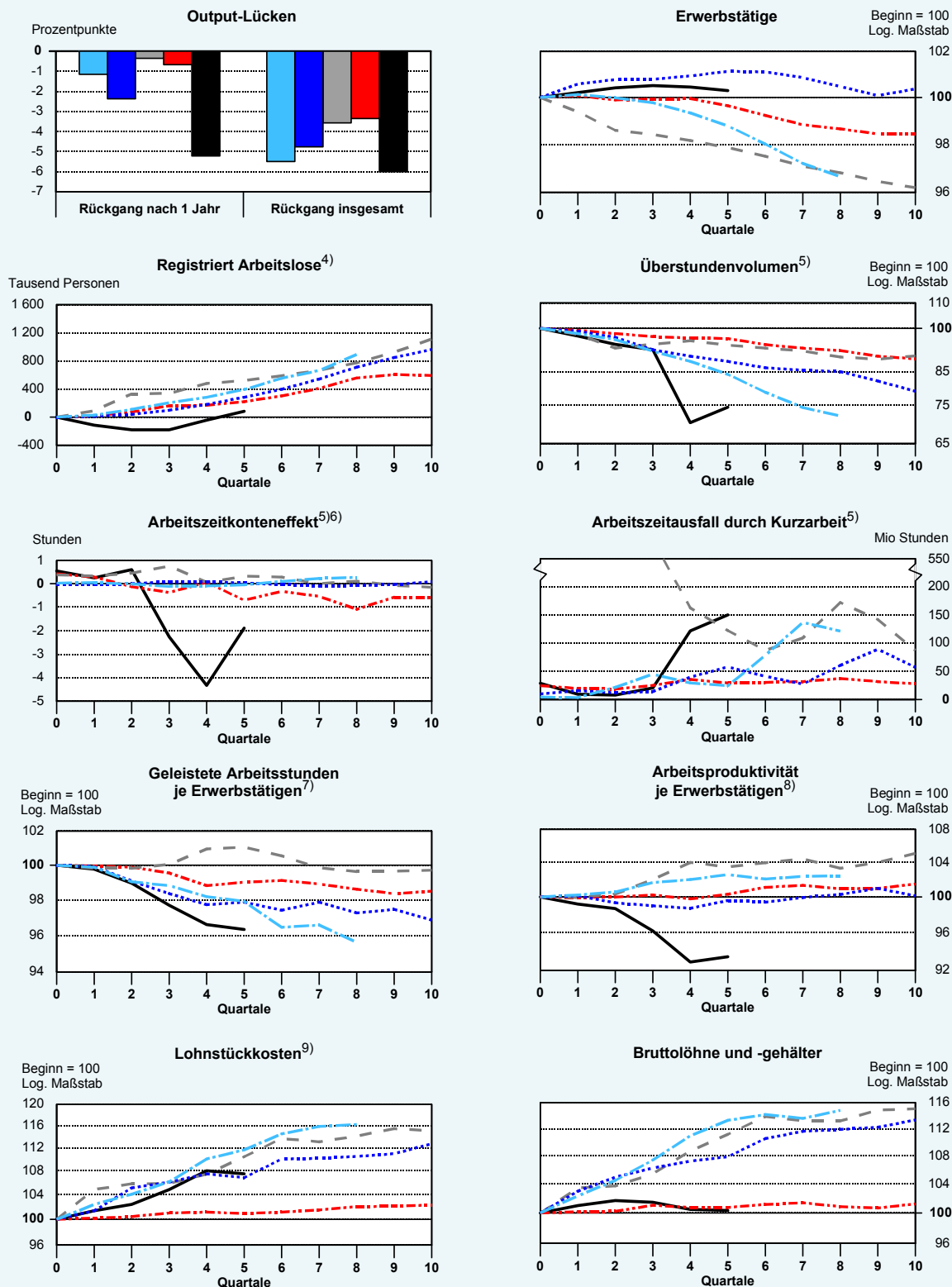
Nach der Definition des Sachverständigenrates liegt ein gravierender Abschwung vor, wenn ein Rückgang der relativen Output-Lücke um mindestens zwei Drittel der jeweiligen Potenzialwachstumsrate mit einer aktuell negativen Output-Lücke einhergeht (JG 2008 Kasten 2). Seit dem Jahr 1970 lassen sich fünf solcher Phasen feststellen (2/1973 bis 2/1975, 4/1979 bis 4/1982, 1/1991 bis 3/1993, 1/2001 bis 2/2005 und 1/2008 bis 2/2009). Eine Abschwungphase beginnt im letzten Quartal des vorangegangenen Aufschwungs, also zu dem Zeitpunkt, in dem die Output-Lücke maximal ist. Sie endet in dem Quartal, in dem die Öffnung der Output-Lücke zum Stillstand gekommen ist.

Der Vergleich mit früheren Abschwungphasen liefert erste Ansatzpunkte für eine Erklärung der bisher überraschend geringen Arbeitsmarktwirkungen der Krise (Schaubild 38). Im aktuellen Abschwung griffen die Unternehmen wesentlich stärker auf eine vorübergehende Absenkung der regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit, eine Reduktion der Überstunden und einen massiven Abbau der Guthaben auf Arbeitszeitkonten zurück. Zudem kam es zu einem vor allem in seiner Dynamik bisher nicht gekannten Anstieg der Kurzarbeit, zumindest wenn die auf die Sondersituation in Ostdeutschland zurückzuführende Periode Anfang der 1990er-Jahre ausgeklammert wird (Kasten 13, Seite 264).

Schaubild 38

Arbeitsmarkt während konjunktureller Abschwungphasen¹⁾

2/1973 – 2/1975 4/1979 – 4/1982²⁾ 1/1991 – 3/1993 1/2001 – 2/2005³⁾ 1/2008 – 2/2009



1) Ausschließlich der Phasen mit gravierendem konjunkturellen Abschwung. Daten saisonbereinigt nach Census-Verfahren X-12-ARIMA.– 2) Über 12 Quartale.– 3) Über 17 Quartale.– 4) Quelle: BA, Deutsche Bundesbank.– 5) Quelle: IAB.– 6) Veränderung der Lebensarbeitszeitkonten.– 7) Quelle für Arbeitsstunden: IAB.– 8) Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt (verkettete Volumenangaben) je Erwerbstätigen.– 6) Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

409. Insgesamt spiegelt der im Vergleich zu vorherigen Rezessionen überproportionale Rückgang des Arbeitsvolumens, insbesondere bei den Arbeitnehmern, eine starke Tendenz zum **Horten von Arbeitskräften** wider. Dieses Verhalten drückt sich nicht nur in einer Reduktion der Arbeitszeit je Arbeitnehmer und folglich ebenso bei der je Erwerbstätigen, sondern zudem in einer Senkung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde aus. Die relativ zu den Lohnkosten stärker fallende Arbeitsproduktivität bewirkt ihrerseits wiederum eine deutliche Erhöhung der Lohnstückkosten.

Die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer können grob in ihre verschiedenen Komponenten untergliedert werden. Auf Grundlage der Arbeitsvolumenrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, spielte im Jahr 2009 die Reduzierung der tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit, beispielsweise in Form von Arbeitszeitkorridoren, mit etwa 40 vH die entscheidende Rolle beim Rückgang der Arbeitszeit je Arbeitnehmer. Rund 25 vH entfielen auf die Inanspruchnahme von Kurzarbeit und jeweils ungefähr 20 vH auf den Abbau von Überstunden und von Guthaben auf den Arbeitszeitkonten. Arbeitszeiterhöhend wirkten dagegen in diesem Jahr vor allem der Rückgang des Krankenstands und die Zunahme der Nebenerwerbstätigkeit.

Überschlagsweise kann für das Jahr 2009 die Bedeutung des Hortens von Arbeitskräften für die Arbeitsmarktentwicklung mit Hilfe einer **Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts** veranschaulicht werden. Diese Zuwachsrate ergibt sich definitorisch als Summe der prozentualen Veränderungen jeweils der Erwerbstätigenzahl, der Arbeitszeit je Erwerbstätigen sowie der Produktivität je Erwerbstätigenstunde. Wären rein hypothetisch im Jahr 2009 bei einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 5,0 vH die Arbeitszeit je Erwerbstätigen und die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde unverändert geblieben, wäre dies rein rechnerisch mit einem Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen in Höhe von rund 2 Millionen Personen einhergegangen. Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität in Höhe der langfristigen Trendwachstumsrate hätte zu einem zusätzlichen Rückgang in Höhe von 468 000 Personen geführt (Tabelle 32). Beim hypothetischen Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen um 2,47 Millionen Personen ist zu beachten, dass 89 vH der Erwerbstätigen als Arbeitnehmer und 11 vH als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige tätig sind. Unter „normalen“ Bedingungen hinsichtlich Arbeitszeit und Produktivitätsfortschritt wäre mit der Rezession also ein Rückgang der Anzahl der Arbeitnehmer in Höhe von ungefähr 2,2 Millionen Personen verbunden gewesen.

Die Unternehmen haben allerdings nicht mit einem Abbau der Beschäftigten in diesem Umfang, sondern mit einer **Reduktion der Arbeitszeit** um 3,0 vH reagiert. In der verbliebenen Arbeitszeit werden die Beschäftigten mitunter aufgrund der deutlichen Unterauslastung mit weniger produktiven Tätigkeiten, beispielsweise mit nachzuholenden Instandhaltungsarbeiten, der Optimierung von Prozessen, der Aus- und Weiterbildung oder sonstigen nicht direkt produktionsrelevanten Tätigkeiten, beschäftigt (Möller und Walwei, 2009). Folglich sank die **Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde** um 2 vH. Diese beiden Effekte fangen den größten Teil der Unterbeschäftigung auf, sodass die Anzahl der Erwerbstätigen ungefähr konstant blieb.

Tabelle 32

Zerlegung der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009¹⁾

| | Veränderungsrate | Effekt auf die Anzahl der Erwerbstätigen ²⁾ | |
|--|------------------|--|------------------|
| | | vH | Tausend Personen |
| Reales Bruttoinlandsprodukt (1) | - 5,0 | - 5,0 | -1 999 |
| Trend der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde ³⁾ (2) | + 1,2 | - 1,2 | - 468 |
| (1) + (2) | | - 6,1 | -2 467 |
| Abweichung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde vom Trend (3) . | - 3,2 | + 3,2 | +1 275 |
| Arbeitszeit je Erwerbstätigen (4) | - 3,0 | + 3,0 | +1 212 |
| (1) + (2) + (3) + (4) | | + 0,0 | + 19 |

1) Eigene Schätzung. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.– 2) (+) bedeutet eine Entlastung und (-) eine Belastung.– 3) Trendberechnung nach den Werten der Jahre 2000 bis 2009.

410. Der in dieser Rezession zu beobachtende, ungewöhnlich ausgeprägte Verzicht auf Entlassungen hat zwei Ursachen. Erstens haben die Unternehmen die Kosten der Weiterbeschäftigung (Remanenzkosten) trotz Unterauslastung der Kapazitäten weitaus geringer eingeschätzt als die Summe aus Entlassungskosten sowie späteren Such- und Einstellungskosten. Die Remanenzkosten wurden durch veränderte Regelungen zur Kurzarbeit gesenkt, sodass ein Beschäftigungsabbau erst als letzte Maßnahme angesehen und versucht wurde, die Beschäftigten durch den Erlass von Einstellungsstopps, durch Umstrukturierungen sowie durch die Kürzung von Arbeitsentgelten und Arbeitszeiten im Unternehmen zu halten (Heckmann et al., 2009). Neben der Reduktion der Remanenzkosten durch veränderte Regelungen zur Kurzarbeit und einer größeren Flexibilität bei der tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit spielt hierbei die im Vergleich zu früheren Phasen einer Konjunkturschwäche möglicherweise größere Sorge der Unternehmen vor Problemen bei der Einstellung von qualifizierten Arbeitskräften in der nächsten Aufschwungphase eine entscheidende Rolle (Koppel und Plünnecke, 2009; Institut der deutschen Wirtschaft, 2009a und 2009b).

Zweitens mag die im aktuellen Abschwung besonders hohe Hortung von Arbeitskräften Ausdruck der Besonderheit der derzeitigen Rezession sein. Zum einen ging der massive Einbruch der Produktion seit dem Herbst 2008 mit einem erheblichen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit einher. In solchen Situationen neigen Unternehmen zu einer Politik des Abwartens (Expertise 2009). Zum anderen wirkte sich die Krise in besonderem Maße auf solche Wirtschaftszweige aus, in denen die oben geschilderten Anreize zum Horten von Arbeitskräften besonders hoch sind. Betroffen sind vor allem die exportorientierten **Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes**. Gerade hier ist die Sorge vor einem Fachkräftemangel, vor allem aus dem Bereich der sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), besonders ausgeprägt. Hinzu kommt, dass es in den letzten Jahren einem Großteil der Unternehmen gelang, ihre Wettbewerbsfähigkeit in erheblichem Umfang zu steigern und Eigenkapital- und Liquiditätsreserven anzulegen. Dies wurde dadurch unterstützt, dass die Lohnentwicklung über einen beträchtlichen Zeitraum hinter den Produktivitätssteigerungen zurückblieb. Die Unternehmen waren somit zu Beginn der Krise in einer deutlich bes-

seren Position als bei früheren Rezessionen und konnten die finanziellen Belastungen durch eine Weiterbeschäftigung trotz ausbleibender Umsätze zunächst schultern (Ziffern 80 ff.).

411. Da für das nächste Jahr mit einem nur verhaltenen Erholungsprozess und weiterhin stark unterausgelasteten Kapazitäten zu rechnen ist, wird es angesichts der Belastung durch die Remanenzkosten, welche zu tragen viele Unternehmen nicht länger in der Lage sein werden, zu einer deutlichen Ausweitung von Entlassungen kommen. Es ist davon auszugehen, dass die **Zahl der Arbeitslosen** gegen Ende des kommenden Jahres auf knapp 3,9 Millionen Personen ansteigen wird (Ziffern 99 f.). Die von den Unternehmen momentan gehorteten Arbeitskräfte in Höhe von 2,2 Millionen Beschäftigten in Verbindung mit einer wohl zumindest bis zum Jahr 2012 negativen Output-Lücke deutet zudem darauf hin, dass die Wirkungen der Krise im kommenden Jahr deutlich stärker zu spüren sein werden. Zudem ist zu befürchten, dass es in der ersten Phase des kommenden Aufschwungs, wenn überhaupt, nur zu einer zögerlichen Belebung am Arbeitsmarkt kommen dürfte.

Kasten 13

Kurzarbeit als Instrument zur Beschäftigungssicherung in Krisenzeiten

Die Kurzarbeiterregelung unterscheidet das **konjunkturelle Kurzarbeitergeld** (§ 170 SGB III) zur Verhinderung eines Beschäftigungsabbaus bei einem vorübergehenden Nachfrageeinbruch, das **Saison-Kurzarbeitergeld** (§ 169 Satz 2 in Verbindung mit § 175 SGB III) zur Überbrückung von saisonalen Nachfrageeinbrüchen vor allem im Baugewerbe und **das Transferkurzarbeitergeld** für betriebliche Restrukturierungsmaßnahmen (§ 216b SGB III). Im Jahr 2009 wurde davon meistens die konjunkturelle Kurzarbeit zur Abfederung des massiven wirtschaftlichen Einbruchs eingesetzt.

Unternehmen können **konjunkturelle Kurzarbeit** bei einem erheblichen Arbeitsausfall mit Entgeltausfall in Anspruch nehmen. Dieser entstand vor den Änderungen der Kurzarbeiterregelung, wenn „im jeweiligen Kalendermonat (Anspruchszeitraum) mindestens ein Drittel der in dem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer von einem Entgeltausfall von jeweils mehr als zehn Prozent ihres monatlichen Bruttoentgelts betroffen ist“ (§ 170 Absatz 1 Nummer 4 SGB III). Arbeitnehmer bekommen in der Zeit der Kurzarbeit 60 vH, bei Elternschaft 67 vH, der Nettoentgeltdifferenz von der Bundesagentur für Arbeit erstattet.

Im Jahr 2009 traten **drei Änderungen der Kurzarbeiterregelung** durch Rechtsverordnungen in Kraft:

Die **erste Änderung** wurde im November 2008 im Rahmen des Gesetzes zur „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ beschlossen. Danach wurde die Verlängerung der Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld **von 12 Monate auf 18 Monate** ab 1. Januar 2009 für alle Arbeitnehmer, deren Anspruch bis zum 31. Dezember 2009 besteht, erhöht. Des Weiteren stehen seitdem für die Förderung von Qualifizierungsangeboten während der Kurzarbeit Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung.

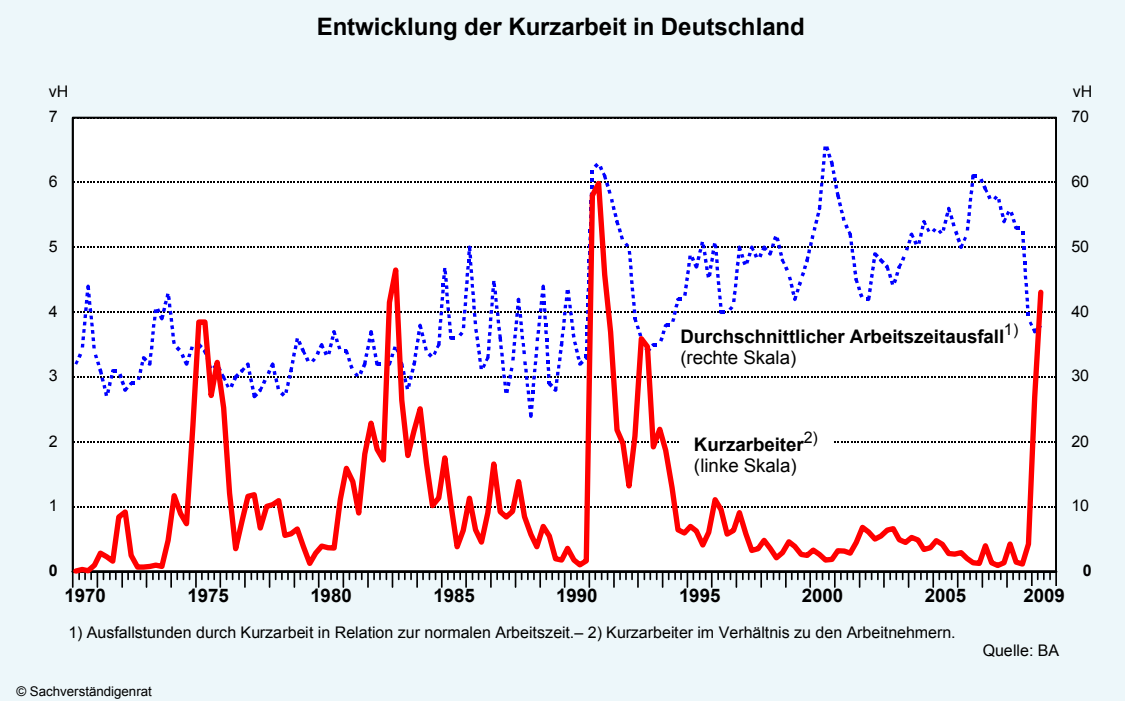
Die **zweite Änderung** der Kurzarbeiterregelung trat rückwirkend zum 1. Februar 2009 mit dem „Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ (Konjunkturpaket II) in Kraft. Diese bis Ende 2010 befristete Regelung betrifft mit der Einführung des § 421t SGB III die Inanspruchnahme der Kurzarbeit und Qualifizierung. Demnach müssen nur noch 10 vH der Beschäftigten und nicht mehr wie bisher ein Drittel von einem Entgeltausfall betroffen sein. Außerdem müssen Betriebe bei der Antragstellung keine Minusstunden mehr vorweisen und tarifliche

Beschäftigungsvereinbarungen in Form von Arbeitszeitverkürzungen nicht eingelöst worden sein. Die Agenturen für Arbeit erstatten die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung, die auf Kurzarbeit entfallen. Führen die Unternehmen während der Zeit der Kurzarbeit Weiterbildungsmaßnahmen durch, übernimmt die Arbeitslosenversicherung fortan die Sozialversicherungsbeiträge vollständig. Sie erstattet auf Antrag die Kosten für Qualifizierungsmaßnahmen bei gering qualifizierten Mitarbeitern voll. Bei qualifizierten Mitarbeitern werden die Lehrgangskosten je nach Art der Qualifizierung und Betriebsgröße zwischen 25 vH und 80 vH ersetzt. Der Nutzerkreis wurde um Leiharbeitnehmer und befristet Beschäftigte erweitert und die Antragsstellung sowie das Verfahren zum Kurzarbeitergeld vereinfacht.

Die **dritte Änderung** trat unter dem Namen „**Kurzarbeitergeld plus**“ mit Wirkung zum 1. Juli 2009 in Kraft und gilt befristet bis zum 31. Dezember 2010. Die maximale Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld wurde nochmals **von 18 Monate auf 24 Monate** verlängert. Des Weiteren erstattet die Bundesagentur für Arbeit dem Arbeitgeber ab dem siebten Monat des Bezugs von Kurzarbeitergeld für alle seine Betriebe auf Antrag 100 Prozent der von ihm allein zu tragenden Beiträge zur **Sozialversicherung in pauschalierter Form**. Zudem muss bei einer Unterbrechung von drei Monaten und länger innerhalb der Bezugsfrist keine neue Anzeige des Arbeitsausfalls bei der Agentur für Arbeit erfolgen.

Schon in früheren Abschwungphasen wurde das Instrument der Kurzarbeit zur Abfederung konjunktureller Problemlagen intensiv genutzt. So kam es in Westdeutschland Mitte der 1970er-Jahre und in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre zu einem deutlichen und im Ausmaß mit der aktuellen Entwicklung vergleichbaren Anstieg. In der aktuellen Rezession auffällig ist hingegen die abrupte Erhöhung, die lediglich mit der Phase **nach dem Vereinigungsboom in den Jahren 1993 und 1994** vergleichbar ist (Schaubild 39). Allerdings war die Entwicklung zur Mitte der 1990er-Jahre vor allem Ausdruck der massiven Inanspruchnahme von Transferkurzarbeit in Folge der Schließung und Restrukturierung vieler ostdeutscher Unternehmen (Brenke und Zimmermann, 2009).

Schaubild 39



Der deutliche Rückgang der Kurzarbeit Mitte der 1990er-Jahre und das Verharren auf niedrigem Niveau bis zum Jahr 2008 ist auf die Änderung der gesetzlichen Regelungen zurückzuführen. Die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme wurden schärfer gefasst und ab dem Jahr 1989 wurde die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge sukzessive zurückgenommen. Seit dem Jahr 1994 mussten die Betriebe die Beiträge zur Sozialversicherung bezogen auf 80 vH des Entgeltausfalls vollständig tragen, also neben dem Arbeitgeberanteil auch den entsprechenden Arbeitnehmeranteil zahlen. Zunächst „untergesetzlich“, also lediglich in den Durchführungsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Gewährung von Kurzarbeitergeld, dann aber mit der Einführung des SGB III im Jahr 1998 wurde bestimmt, dass die Betriebe alle Arbeitszeitpolster abgebaut und Arbeitsmarktflexibilitäten ausgenutzt haben mussten, bevor Kurzarbeit in Anspruch genommen werden konnte (IAB, 2009a).

Der unternehmerischen Entscheidung über die Optionen Kurzarbeit oder Entlassungen liegt ein Vergleich zwischen den beiden diesbezüglichen Kosten zugrunde, also den Kosten der Kurzarbeit (**Remanenzkosten**) und der Summe aus Entlassungs-, Such-, Einstellungs- sowie Einarbeitungskosten (**Opportunitätskosten**). Remanenzkosten entstehen unter anderem aufgrund von Lohnnebenkosten und Zuschüssen sowie tarifvertraglichen Regelungen bei Kurzarbeit. Daher sinken die Personalkosten bei Kurzarbeit unterproportional mit dem Arbeitszeitausfall. Die Remanenzkosten pro Ausfallstunde durch Kurzarbeit betragen in den ersten sechs Monaten ungefähr 35 vH der gesamten Lohnkosten je Arbeitsstunde. Mit der pauschalierten vollen Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge ab dem siebten Monat Kurzarbeit reduzieren sich die Remanenzkosten auf 24 vH (Bach und Spitznagel, 2009). Bei tarifvertraglichen Regelungen müssen die Unternehmen einen deutlich größeren Anteil der Personalkosten weiter tragen. Beispielsweise ist in einer Reihe von Branchen eine tarifvertragliche Aufstockung des gesetzlichen Kurzarbeitergelds auf 75 vH bis 100 vH des Nettoarbeitsentgelts vereinbart, wie etwa bei der Chemischen Industrie auf 90 vH (WSI, 2009).

Für die **Prognose der Arbeitsmarktentwicklung** stellt der Verlauf der Kurzarbeit einen großen Unsicherheitsfaktor dar. Zum einen ist fraglich, wie lange die Unternehmen Kurzarbeit in Anspruch nehmen und zum anderen ist der Anteil der Personen, die danach arbeitslos werden, unbekannt. Informationen über die Bezugsdauer in vergangenen Abschwungphasen könnten hier Anhaltspunkte liefern. Im Abschwung der Jahre 1993 bis 1994 setzten die meisten Unternehmen in Westdeutschland Kurzarbeit für eine Dauer von neun bis elf Monaten ein. Nimmt man die gleiche Dauer für die jetzige Krise an, kann bis Ende des Jahres 2009 ein deutlicher Rückgang der Kurzarbeiterzahl erwartet werden.

2. Bewegungsvorgänge und Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt

412. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Verschlechterung der Arbeitsmarktlage stellt sich für die Wirtschaftspolitik die Frage, wie auf den sowohl kurz- als auch mittelfristig zu erwartenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu reagieren ist. Die Wirtschaftspolitik muss ihr Augenmerk auf mögliche Verfestigungstendenzen der Arbeitslosigkeit richten. Solche Hysteresis-Effekte haben erfahrungsgemäß häufig zur Folge, dass die Beschäftigungshöhe nach Beendigung der Rezession nicht wieder auf das ursprüngliche Niveau von vor der Krise zurückkehrt, beispielsweise weil die Langzeitarbeitslosigkeit ansteigt, mit der ein Verlust an Humankapital und eine Stigmatisierung der Betroffenen einhergeht.

Eine diesbezügliche Analyse erfordert zunächst genauere Einblicke in die hinter den oben dargestellten Bestandsgrößen verborgene **Arbeitsmarktdynamik**, deren Kenntnis wichtige Aufschlüsse über die Gefahr einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit geben kann. Dabei ist es zudem notwendig, die **Betroffenheit** unterschiedlicher Personengruppen sowohl vom aktuellen Abschwing als auch von noch immer bestehenden, nicht konjunkturbedingten Problemen am deutschen Arbeitsmarkt herauszuarbeiten.

413. Die der Arbeitslosigkeit zugrunde liegende Dynamik lässt sich zunächst anhand von Stromgrößen, also Zu- und Abgängen zwischen den Zuständen Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Nichterwerbstätigkeit, jeweils in einem Zeitraum, veranschaulichen. Die Angaben über Abgänge und Zugänge von Arbeitslosen aus dem beziehungsweise in den ersten Arbeitsmarkt zeigen, dass es in den Jahren 2006 bis 2008 zu einem deutlichen Anstieg der Fluktuation zwischen den Zuständen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit gekommen ist (Tabelle 33). Ursächlich für diese höhere Arbeitsmarktdynamik dürften die Wirkungen der Arbeitsmarktreformen sowie die konjunkturelle Aufwärtsbewegung gewesen sein. In der aktuellen Rezession ist bis einschließlich September 2009 der Zugang in Arbeitslosigkeit aus dem ersten Arbeitsmarkt zwar größer als der Abgang; der Anteil der Arbeitslosen, die eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt antreten, ist mit 7,2 vH jedoch immer noch deutlich höher als in den Jahren 2006 und 2007. Diese weiterhin **hohe Fluktuation** erscheint umso bemerkenswerter als sich viele Unternehmen aufgrund der Krise mit Einstellungen zurückhalten.

Tabelle 33

Abgänge aus und Zugänge in Arbeitslosigkeit¹⁾

Abgangsquoten/Zugangsquoten in vH

| Zeitraum | Langzeitarbeitslose ²⁾ | | | | Arbeitslose, insgesamt ²⁾ | | | | Nachrichtlich: Langzeit- arbeitslose Bestand ⁴⁾ / Zugang ⁵⁾ |
|--|-----------------------------------|----------------------|----------------------|---|--------------------------------------|----------------------|----------------------|---|---|
| | ins- gesamt | darunter: | | | ins- gesamt | darunter: | | | |
| | | 1. Arbeits- markt | 2. Arbeits- markt | Maß- nahmen der AAMP ³⁾ | | 1. Arbeits- markt | 2. Arbeits- markt | Maß- nahmen der AAMP ³⁾ | |
| Abgänge aus Arbeitslosigkeit⁶⁾ | | | | | | | | | |
| 2006 | 7,5 | 1,8 | 1,1 | 1,0 | 13,9 | 5,6 | 1,3 | 2,1 | 40,8 |
| 2007 | 8,5 | 1,8 | 1,3 | 1,3 | 16,3 | 6,8 | 1,4 | 2,7 | 39,8 |
| 2008 | 8,5 | 1,8 | 1,5 | 1,5 | 18,1 | 7,5 | 1,6 | 3,7 | 36,3 |
| 2009 ^{a)} | 7,8 | 1,5 | 1,3 | 1,9 | 17,5 | 7,2 | 1,4 | 4,6 | 29,4 |
| Zugänge in Arbeitslosigkeit⁶⁾ | | | | | | | | | |
| 2006 | . | . | . | . | 13,2 | 6,9 | 0,7 | 1,5 | 6,7 |
| 2007 | . | . | . | . | 15,3 | 7,6 | 1,2 | 1,9 | 5,0 |
| 2008 | . | . | . | . | 17,9 | 9,2 | 1,3 | 3,3 | 6,5 |
| 2009 ^{a)} | . | . | . | . | 19,1 | 10,1 | 1,3 | 3,8 | 6,7 |

1) Jahresdurchschnitte; ohne die Ergebnisse von zugelassenen kommunalen Trägern und ohne Abgänge wegen Arbeitsunfähigkeit.– 2) Langzeitarbeitslose/Arbeitslose gemessen am Bestand aller Langzeitarbeitslosen/Arbeitslosen in vH.–

3) Abgänge/Zugänge in Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (AAMP).– 4) Anteil an allen Arbeitslosen.– 5) Anteil der Übergänge in Langzeitarbeitslosigkeit in vH des Bestands von Langzeitarbeitslosen.–

6) Auf der Grundlage von Monatsdaten.– a) Bis einschließlich September.

Quelle: IAB

Die Anzahl der **Langzeitarbeitslosen** war im Oktober 2009 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 85 000 Personen auf 910 000 Langzeitarbeitslose gesunken. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, gemessen an allen Arbeitslosen, hat sich dabei merklich stärker verringert, als die Zahl der Arbeitslosen. Die Abgänge aus der Langzeitarbeitslosigkeit waren allerdings zu 64 vH auf einen Wechsel in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder in die Nichterwerbstätigkeit zurückzuführen. Insgesamt gesehen hat sich damit im Jahr 2009 die Verfestigung auf dem Arbeitsmarkt weiter abgebaut.

414. Bezüglich der **Betroffenheit und Dauer** der Arbeitslosigkeit ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen (Tabelle 34). So waren im Jahr 2008 Personen im Alter unter 25 Jahren im Gegensatz zu Erwachsenen (25-jährige bis unter 50-jährige Personen) mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Dafür war die Dauer der Arbeitslosigkeit für jüngere Erwerbspersonen um mehr als die Hälfte kürzer, was die Gefahr einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit verringert. Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit Erwachsener relativiert sich damit die Gefahr einer sich verfestigenden Jugendarbeitslosigkeit. Jüngere Arbeitnehmer sind zwar häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, finden aber schneller wieder einen Arbeitsplatz. Allerdings geben diese Resultate keine Auskunft über die Mehrfacharbeitslosigkeit ein und derselben Person, sodass unter diesem Aspekt das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht kleingeschrieben werden kann.

Tabelle 34

Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen und Geschlecht

Jahresdurchschnitte 2008

| Geschlecht | Altersgruppe | | | |
|--|--------------|-----------------|------------------------|------------------------|
| | insgesamt | unter 25 Jahren | 25 bis unter 50 Jahren | 50 bis unter 65 Jahren |
| Arbeitslosenquoten¹⁾ (vH) | | | | |
| Insgesamt | 7,8 | 7,0 | 8,1 | 8,4 |
| Männer | 7,5 | 7,4 | 7,7 | 7,9 |
| Frauen | 8,2 | 6,5 | 8,5 | 9,1 |
| Abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit²⁾ (Wochen) | | | | |
| Insgesamt | 38,1 | 13,9 | 38,9 | 61,0 |
| Männer | 34,4 | 13,4 | 35,9 | 54,1 |
| Frauen | 42,4 | 14,6 | 42,4 | 68,3 |
| Betroffenheit von Arbeitslosigkeit¹⁾³⁾ (vH) | | | | |
| Insgesamt | 10,6 | 26,2 | 10,8 | 7,2 |
| Männer | 11,3 | 28,7 | 11,2 | 7,6 |
| Frauen | 10,0 | 23,2 | 10,4 | 6,9 |

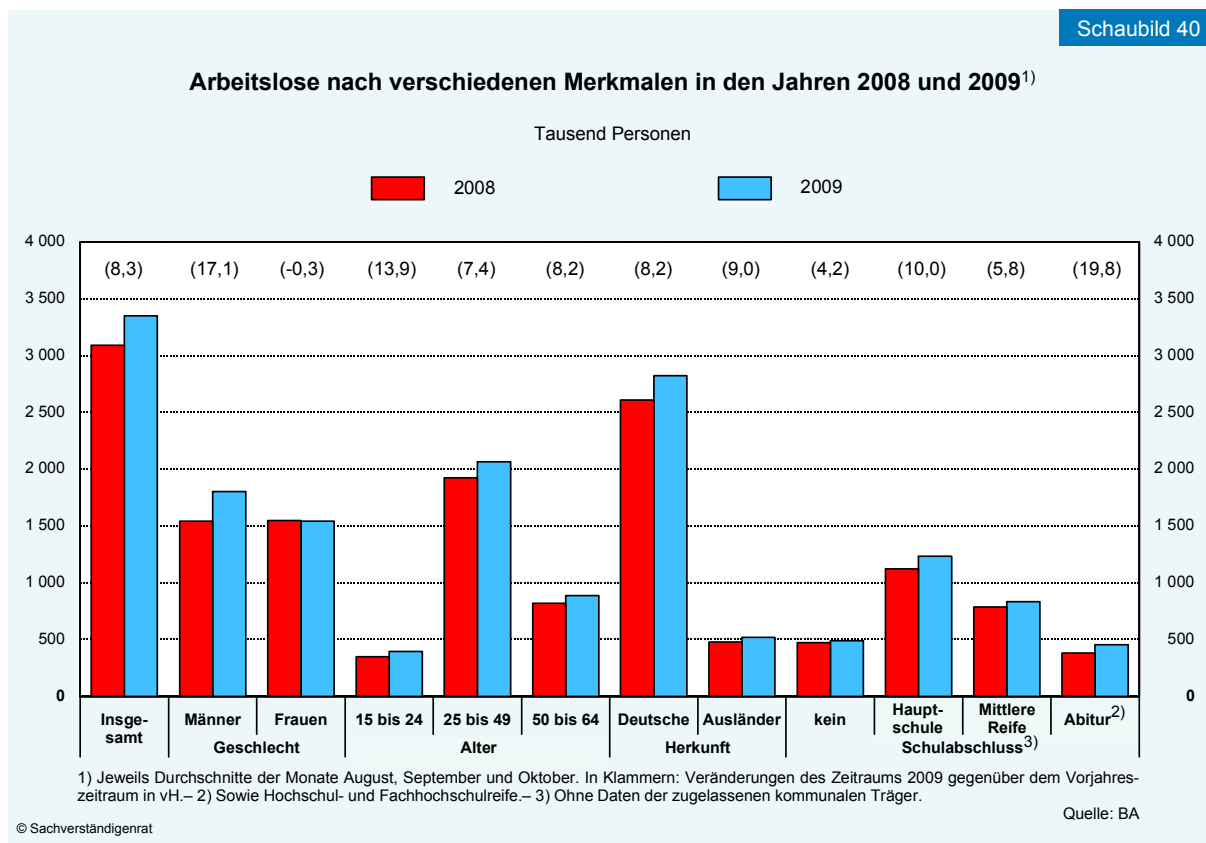
1) Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2008 im Verhältnis aller ziviler Erwerbspersonen.– 2) Die Auswertungen basieren ausschließlich auf den Daten des IT-Fachverfahrens der Bundesagentur für Arbeit (ohne zugelassene kommunale Träger).– 3) Arbeitslosenquote im Verhältnis zur Dauer der Arbeitslosigkeit bezogen auf 52 Wochen.

Quelle: BA

415. Personen mit einem niedrigen formalen Bildungsniveau sowie ältere und ausländische Erwerbspersonen stellen normalerweise Problemgruppen auf dem deutschen Arbeitsmarkt dar. Diese Personengruppen waren bisher in Abschwungphasen besonders vom Rückgang der

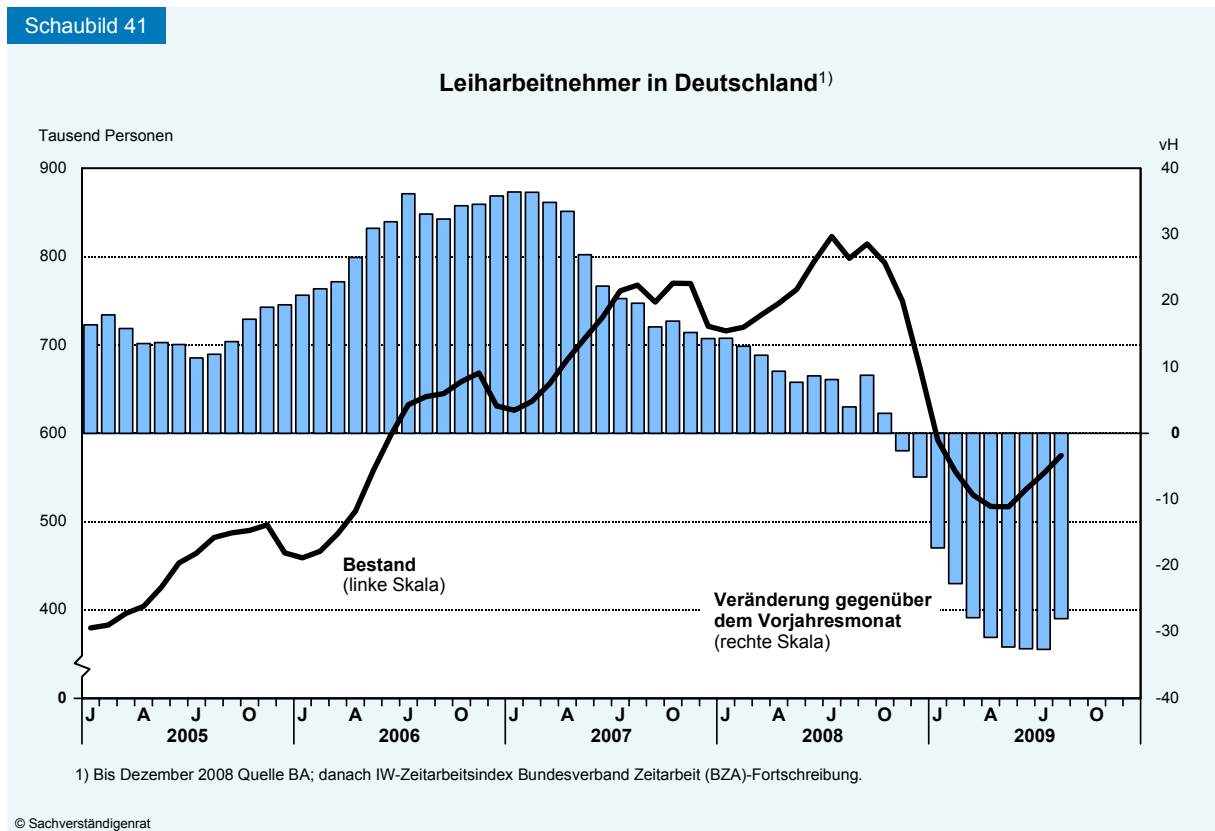
Arbeitsnachfrage betroffen. Im aktuellen Abschwung ist dies bisher nicht der Fall. Vielmehr erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der Monate August, September und Oktober 2009 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres vor allem bei der Gruppe der **jüngeren Arbeitnehmer**. Dies könnte daran liegen, dass Personen, die gerade ihren Abschluss erworben haben, aufgrund der verhängten Einstellungsstopps nicht ins Berufsleben starten können. Nach **Bildungsgruppen** sind besonders Personen mit Abitur, Fach- oder Hochschulreife stärker vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen gewesen, wengleich ihre Arbeitslosenquote nach wie vor deutlich geringer ausgefallen ist, als die der Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Ebenso war der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Männern deutlich höher, während bei den Frauen ein leichter Rückgang festzustellen war (Schaubild 40).

Die im Vergleich zu früheren Konjunkturzyklen zu beobachtende abweichende **Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Strukturmerkmalen** dürfte zum Teil auf den Umstand zurückzuführen sein, dass sich die globale Krise in Deutschland vor allem über den Handelskanal und hier bei den technologieintensiven Betrieben der deutschen Exportindustrie bemerkbar gemacht hat. Aktuell ist unklar, ob sich die für das nächste Jahr zu erwartende weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in ähnlicher Weise auf unterschiedliche Altersgruppen und Bildungsniveaus auswirken wird. Bei einer Belebung der Konjunktur dürften die Wiedereinstellungschancen jüngerer und gut ausgebildeter Arbeitnehmer jedoch insgesamt über jenen von anderen Gruppen liegen.



416. Teilzeitbeschäftigte sind weniger stark von Entlassungen betroffen als Vollzeitbeschäftigte, unter anderem da in den von der Krise stark in Mitleidenschaft gezogenen Branchen der Industrie Teilzeit wenig verbreitet ist (IAB, 2009b). Des Weiteren könnte es vielleicht zu einer Substitution oder einer Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen gekommen sein. Während im August 2009 nach ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten im Vorjahresvergleich um rund 210 000 Personen angestiegen ist, kam es bei der Vollzeitbeschäftigung im gleichen Zeitraum zu einem Rückgang um 350 000 Beschäftigte. Anders gestaltet sich die Entwicklung bei den **Leiharbeitnehmern**. Deren Beschäftigungschancen sind eng mit dem Konjunkturzyklus verbunden. Tendenziell profitieren Leiharbeitnehmer sehr schnell von konjunkturellen Aufschwüngen, werden jedoch in Abschwungphasen vor den Arbeitnehmern mit dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen entlassen (Rothe, 2009). Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Zahl der Leiharbeitnehmer im August 2009 relativ zum Vorjahresmonat um 28 vH zurückgegangen war (Schaubild 41).

Schaubild 41



417. Die Lage auf dem **Berufsausbildungsstellenmarkt** am Ende des Berufsberatungsjahres 2008/2009 hat sich trotz der Rezession weiter entspannt. Dies hat allerdings daran gelegen, dass die Zahl der gemeldeten Bewerber, nicht zuletzt aufgrund demografiebedingter Veränderungen, deutlich stärker zurückgegangen ist als die Anzahl der gemeldeten Stellen. Zum 30. September 2009 ergab sich für Deutschland ein Stellenüberhang in Höhe von 7 652 unbesetzten Berufsausbildungsstellen (Tabelle 35). Diese erfreuliche Bilanz wird ausschließlich vom Saldo für Westdeutschland bestimmt.

418. Zusammenfassend zeigt sich in der aktuellen Rezession eine immer noch hohe Arbeitsmarktdynamik, vor allem beim Übergang von der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Befund im Verlauf des kommenden Jahres bestätigt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 betraf mit den jüngeren und besser ausgebildeten Personen vor allem jene Gruppen, die in der nächsten Aufschwungphase relativ schnell in der Lage sein sollten, den Übergang in eine Beschäftigung zu vollziehen. Insgesamt kann bisher nicht davon gesprochen werden, dass die Entwicklung auf eine erhebliche Verfestigung des bisher zu verzeichnenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit hinweist. Allerdings werden die Belastungen für den Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten erheblich zunehmen. Zudem steht zu befürchten, dass die Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt über das Jahr 2010 hinaus spürbar sein werden. Vor dem Hintergrund der erfahrungsgemäß nach früheren Abschwüngen einsetzenden Verfestigungstendenzen und einer noch immer beträchtlichen Zahl an Langzeitarbeitslosen sollte die Wirtschaftspolitik im Rahmen einer Flexibilisierung des institutionellen Regelwerks für höhere Chancen der Arbeitslosen auf einen Arbeitsplatz Sorge tragen (Ziffern 426 f.).

Tabelle 35

Berufsausbildungsstellenmarkt in Deutschland¹⁾

| | | 2003 / 2004 | 2004 / 2005 | 2005 / 2006 ²⁾ | 2006 / 2007 ²⁾ | 2007 / 2008 ²⁾ | 2008 / 2009 ²⁾ |
|--|------------------------------|------------------|------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|
| Im Berichtszeitraum (Oktober bis September) | | | | | | | |
| Gemeldete Stellen | Personen vH ³⁾ | 519 899 - 4,9 | 471 516 - 9,3 | 459 202 - 2,6 | 510 377 11,1 | 511 581 0,2 | 475 391 - 7,1 |
| davon: | | | | | | | |
| betrieblich besetzbar | Personen | 463 168 | 422 016 | 414 416 | 422 290 | 432 688 | 408 439 |
| in über-/außerbetrieblichen Einrichtungen ⁴⁾ | Personen | 56 731 | 49 500 | 44 786 | 88 087 | 78 893 | 66 952 |
| Gemeldete Bewerber | Personen vH ³⁾ | 736 109 2,3 | 740 961 0,7 | 763 097 3,0 | 733 971 - 3,8 | 620 037 - 15,5 | 533 361 - 14,0 |
| Am Ende des Berichtszeitraums (September) | | | | | | | |
| Unbesetzte Stellen | Personen | 13 378 | 12 636 | 15 401 | 18 359 | 19 507 | 17 255 |
| Unversorgte/nicht vermittelte Bewerber | Personen | 44 084 | 40 504 | 49 487 | 32 660 | 14 515 | 9 603 |
| Stellenüberhang (+) / Bewerberüberhang (-) | Personen | - 30 706 | - 27 868 | - 34 086 | - 14 301 | + 4 992 | + 7 652 |

1) Quelle: BA. Gesamtbestand an Bewerbern und Ausbildungsstellen nach dem Fachverfahren der BA, ohne die ausschließlich von den zugelassenen kommunalen Trägern betreuten Bewerber und Ausbildungsstellen.– 2) Ab Juli 2005 Umstellung der Zuordnung vom Beratungsort auf den Wohnort.– 3) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.– 4) Gemäß § 241 (2) SGB III und § 102 SGB III (Reha) einschließlich Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (1999 bis 2003), Ausbildungsplatzprogramme Ost und Länderprogramme.